



2/25: Afrikapolitik im Wandel - Impulse für eine zukunftsorientierte Partnerschaft

Sabine Odhiambo und Larissa Pflüger, Deutsche Afrika Stiftung

Hintergrund

In einer Zeit tiefgreifender geopolitischer Umbrüche – etwa durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, das wachsende geopolitische Gewicht der BRICS-Staaten sowie eskalierende Handelskonflikte – sehen sich Deutschland und Europa mit großen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Umso wichtiger ist es, dass wir neue strategische Partnerschaften eingehen. Wer käme für solche Partnerschaften in Frage? Die Antwort ist eigentlich naheliegend: Staaten unseres Nachbarkontinents Afrika.

Afrikas Bedeutung als geopolitischer Akteur und Partner der Zukunft hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen - und ohne eine enge Zusammenarbeit mit dem Kontinent werden sich die globalen Probleme unserer Zeit kaum lösen lassen. Afrikas Bevölkerung ist jung und wächst. Der Kontinent verfügt über immense natürliche Ressourcen und ist durch seine geografische Lage an strategisch wichtigen Handelsrouten ein zentraler Faktor für politische wie wirtschaftliche Stabilität weltweit. Gleichzeitig schafft die Afrikanische Freihandelszone (AfCFTA) den größten Binnenmarkt der Welt und kurbelt damit nicht nur den innerafrikanischen Handel an, sondern eröffnet auch Deutschland und Europa Zugang zu einem großen, weiter wachsenden und bislang kaum ausgeschöpften Absatzmarkt. Eine Vielzahl von anderen Staaten außerhalb der EU haben dieses Potenzial bereits erkannt und in den vergangenen Jahren massiv in afrikanische Staaten und Partnerschaften investiert – dazu zählen neben China und Russland insbesondere Indien, Japan, Katar, Südkorea, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).

Auch deshalb wird es für die kommende Bundesregierung unausweichlich sein, ihre Afrikapolitik neu auszurichten und afrikanische Staaten als wichtige Partner in der internationalen Zusammenarbeit zu begreifen. Zwar ist hier in den vergangenen Jahren Bewegung

in die deutsche Afrikapolitik gekommen: So spiegeln die Anfang dieses Jahres ressortübergreifend beschlossenen, überarbeiteten afrikapolitischen Leitlinien nicht nur das wachsende Verständnis von Afrika als strategischen Partner wider, sondern es werden erstmals konkrete Interessen gegenüber unserem südlichen Nachbarn formuliert. Darüber hinaus erkennen die überarbeiteten Leitlinien erstmals an, dass die Vermittlung afrikanischer Perspektiven und eines differenzierten Bildes von Afrika zentral ist, um gegenseitiges Verständnis zu schaffen und die Basis für eine echte Partnerschaft zu legen. Auch im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wird der strategische Stellenwert des afrikanischen Kontinents hervorgehoben. Gleichzeitig bleibt er vage in der Ausformulierung, was kritisiert oder als Gestaltungsspielraum gewertet werden kann. Zentral ist jedenfalls, dass die Anerkennung der strategischen Bedeutung Afrikas für Deutschland, aber auch Europa in der nun folgenden Umsetzung der deutschen Afrikapolitik nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt.

Impulse für eine neue Afrikapolitik

Multilateralismus stärken

Der zunehmende Rückzug der USA aus multilateralen Initiativen stellt eine ernsthafte Herausforderung für die internationale Zusammenarbeit dar. Deshalb ist es für Deutschland und Europa besonders wichtig, sich auch weiterhin auf der globalen Bühne für Multilateralismus stark zu machen. Und auch hier gibt es breite Unterstützung in Afrika. So hat sich Südafrika nicht erst seit der Übernahme der G20-Präsidentschaft im Dezember vergangenen Jahres als Verfechter von Multilateralismus und einer gerechteren Weltordnung in Position gebracht. Solche Synergien müssen genutzt und die Partnerschaft mit Südafrika ausgebaut werden – selbst, wenn man nicht in

Afrikapost aktuell

Afrikapolitik im Wandel Impulse für eine zukunftsorientierte Partnerschaft



Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation

allen außenpolitischen Angelegenheiten einer Meinung ist.



Auf internationaler Bühne ist der afrikanische Kontinent ein mächtiger Verbündeter, auch wenn Deutschland und Europa seine wachsende politische und wirtschaftliche Bedeutung noch immer allzu oft unterschätzen. Doch nicht zuletzt die Abstimmungen im Rahmen der Vereinten Nationen, z.B. zu Resolutionen in Bezug auf Russlands Krieg in der Ukraine, haben uns das Stimmgewicht Afrikas mit immerhin 54 der insgesamt 193 UN-Mitgliedsstaaten vor Augen geführt. Auch deswegen ist es richtig, dass die neue Bundesregierung die Afrikanische Union (AU) als „wichtige Partnerin“ für Deutschland anerkennt, wie es im Koalitionsvertrag festgehalten ist. Auch sollte Deutschland die Reformbestrebungen der afrikanischen Staaten für den UN-Sicherheitsrat weiterhin tatkräftig unterstützen.

Dies gilt ebenso für afrikanische Forderungen nach einer gerechteren Ausgestaltung der internationalen Finanzarchitektur. Dabei lohnt es sich, einen Blick auf AU-Initiativen, wie z.B. den *African Financial Stability Mechanism* (AFSM), zu werfen. Dieser Finanzstabilisierungsmechanismus ist eine eigene Antwort afrikanischer Staaten, um finanzielle Stabilität und Krisenbewältigung auf dem Kontinent zu stärken. Er wurde in diesem Jahr von der Afrikanischen Union auf den Weg gebracht. Für Deutschland gäbe es im Dialog mit afrikanischen Partnern verschiedene Möglichkeiten, diese Initiative, die bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) angesiedelt wird, zu unterstützen. Der AfDB kommt darüber hinaus bei der Umsetzung der AU-Agenda 2063 „The Africa We Want“ - der von afrikanischen Staaten für den Kontinent selbst gesetzten Entwicklungsagenda - eine

bedeutende Rolle zu, weshalb Deutschland sein Engagement hier dringend fortsetzen sollte. Aktuell ist Deutschland im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit einer der wichtigsten Partner dieser multinationalen Entwicklungsbank und der größte europäische Anteilseigner – eine Kooperation, die nicht unter Mittelkürzungen leiden sollte.

Neben der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und der Afrikanischen Entwicklungsbank ist es unerlässlich, die Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen (RECs) zu intensivieren - zu nennen wären hier z.B. die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, die Ostafrikanische Gemeinschaft EAC sowie die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft SADC. Diese haben sich als wichtige Akteurinnen in der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit etabliert und übernehmen zum Teil auch in sicherheitspolitischen Fragen in ihren Regionen Verantwortung. Eine stärkere Unterstützung dieser Strukturen sowie der gezielte Ausbau institutioneller Partnerschaften auf regionaler Ebene erhöhen nicht nur die Effektivität gemeinsamer Maßnahmen, sondern unterstreichen Deutschlands Bereitschaft, regionalen Realitäten Rechnung zu tragen und afrikanische Federführung zu stärken.

In einer Zeit, in der Staaten wie die USA oder das Vereinigte Königreich ihre internationale Zusammenarbeit reduzieren, hat sich die kommende Bundesregierung dazu entschieden, ihr entwicklungspolitisches Engagement zu festigen und will damit zeigen: Auf Deutschland als Partner ist Verlass. Gleichzeitig hat die öffentliche und politische Diskussion über eine mögliche Integration des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in das Auswärtige Amt (AA) verdeutlicht, dass eine kritische Evaluation und Selbstreflexion der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die auch Kritik von ihren Partnerinnen und Partnern vor Ort einbezieht, dringend notwendig und längst überfällig ist. Die geplanten Kürzungen der EZ-Finanzmittel erhöhen den Druck zusätzlich, die Zusammenarbeit effizienter zu gestalten. Deshalb steigt auch die Bedeutung der engeren Verknüpfung von Wirtschaft und

Afrikapost aktuell

Afrikapolitik im Wandel Impulse für eine zukunftsorientierte Partnerschaft



Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation

Entwicklungszusammenarbeit, die eine Chance bietet, benötigte Finanzmittel zu mobilisieren.

Afrikapolitik kohärent gestalten

Aktuell ist die deutsche Afrikapolitik durch eine Vielzahl von verschiedenen Strategien und Initiativen gekennzeichnet, die in unterschiedlichen Ministerien sowie Durchführungsorganisationen angesiedelt sind. Häufig bleibt jedoch unklar, wie diese Ansätze konkret umgesetzt und miteinander verzahnt werden. Ebenso besteht Unsicherheit darüber, wie sich afrikanische Staaten oder Partnerorganisationen auf die verschiedenen Angebote bewerben können und welche spezifischen Voraussetzungen hierfür zu erfüllen sind. Diese Unübersichtlichkeit kann nicht nur zu Verwirrung führen, sondern erschwert vor allem den Zugang zu relevanten Programmen, wodurch diese hinter den in sie gesetzten Erwartungen und hinter ihrer möglichen Wirksamkeit zurückbleiben. Deswegen müssen Initiativen enger zwischen den Ministerien abgestimmt und Zuständigkeiten sowie Bewerbungskriterien klarer und transparenter kommuniziert werden.

Eine langfristig erfolgreiche Afrikapolitik braucht immer noch dringend mehr Kohärenz. Dabei ist die Grundlage hierfür geschaffen: Die unter der Federführung des Auswärtigen Amtes in enger Abstimmung mit den anderen Ressorts in einem langen, inklusiven Prozess überarbeiteten afrikapolitischen Leitlinien bilden einen Rahmen für die deutsche Afrikapolitik, der über Legislaturperioden hinweg als ressortübergreifender Überbau dienen sollte.



Die darin formulierten Interessen Deutschlands gegenüber afrikanischen Staaten bieten einen guten Anknüpfungspunkt für eine engere Verzahnung der Arbeit der Ministerien und eine klare, einheitliche Orientierung zur Zielsetzung

der deutschen Afrikapolitik. Entsprechend muss die im Zuge der Überarbeitung der Leitlinien gelungene ressortübergreifende Abstimmung auch bei der Umsetzung der konkreten Politik weitergeführt werden, nicht zuletzt, um bestehende Synergien besser zu nutzen. Der Koalitionsvertrag lässt in dieser Hinsicht zumindest insofern hoffen, als dass sowohl die Zusammenarbeit zwischen BMZ, AA und BMVG als auch zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und der Außenwirtschaftsförderung weiter vertieft werden sollen. Doch auch andere Ressorts wie das Landwirtschafts-, Bildungs-, Gesundheits- oder Umweltministerium setzen ihre spezifischen Afrikapolitiken um. Auch hier sollte die Zusammenarbeit im Sinne einer besseren Koordination intensiviert werden.

Das bedeutet nicht, dass jedes Ministerium seine eigene Afrikastrategie braucht - im Gegenteil: Afrikanischen Partnerinnen und Partnern zufolge mangelt es der deutschen Afrikapolitik nicht an Strategien, sondern an Durchführungsplänen, die konkrete Maßnahmen zur Umsetzung beinhalten. Ob daher zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, eine neue Afrika-Wirtschaftsstrategie benötigt wird, ist folglich fraglich. Gleichzeitig muss auch der Anspruch, den gesamten Kontinent mit einer einheitlichen „Afrika-Strategie“ abzubilden, kritisch hinterfragt werden. Statt einer pauschalen Herangehensweise, die zwar die Vielfalt des Kontinents betont, ihr aber letztlich nicht gerecht wird, braucht es differenzierte Pläne, die stärker auf regionale Gegebenheiten eingehen. Die Herausforderungen und Potenziale afrikanischer Länder unterscheiden sich teils erheblich – sei es zwischen dem Maghreb, dem Sahel, Ost- und Westafrika oder dem südlichen Afrika. Nur wenn diese Unterschiede bei der Ausgestaltung deutscher Afrikapolitik systematisch berücksichtigt werden, können wirksame Maßnahmen entwickelt werden, die den tatsächlichen Notwendigkeiten vor Ort entsprechen.



Wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen

Die Schwerpunktsetzung der Afrikapolitik auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Koalitionsvertrag ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Damit kommt Deutschland einem zentralen Anliegen afrikanischer Partnerinnen und Partner nach, die bereits seit Langem den Ausbau von Wirtschaftskooperationen fordern, um Handel und Investitionen zu steigern, regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten auszubauen sowie Arbeitsplätze zu schaffen. Jedoch gilt es, mit der angekündigten Afrika-Wirtschaftsstrategie alte Fehler zu vermeiden. Statt einer weiteren umfassenden Strategie für den gesamten Kontinent bedarf es vielmehr eines konkreten Durchführungsplans, der sich auf realisierbare Maßnahmen konzentriert, regionale Unterschiede berücksichtigt und auf eine differenzierte wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern und regionalen Wirtschaftsgemeinschaften abzielt. Nur auf dieser Grundlage kann eine solche „Afrika-Wirtschaftsstrategie“ ihr volles Potenzial entfalten – gerade auch im Hinblick auf wichtige Interessen Deutschlands: die Diversifizierung von Lieferketten und Absatzmärkten sowie die Förderung einer erfolgreichen grünen Energiewende.

Die im Koalitionsvertrag noch für 2025 angestrebte Ratifizierung der Wirtschaftspartnerabkommen (WPA) der Europäischen Union (EU) mit Côte d'Ivoire, Ghana und Kamerun sowie den SADC-WPA-Staaten ist vor diesem Hintergrund ein wichtiger und richtiger Schritt. Darüber hinaus bietet auch die Afrikanische Freihandelszone in diesem Rahmen enorme Chancen, die die deutsche Politik ergreifen muss - daher ist es besonders wichtig, die Verwirklichung dieser Freihandelszone auch weiterhin aktiv zu unterstützen. Gleichzeitig kommt dem Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse eine bedeutende Rolle zu, um das Potential der AfCFTA voll auszuschöpfen. Hierfür bedarf es insbesondere Investitionen in afrikanische Infrastrukturen, die in der notwendigen Größenordnung nicht von Deutschland allein, wohl aber auf EU-Ebene getätigt werden können. Einen Rahmen hierfür bietet die *Global Gateway Initiative* der

EU. Von den insgesamt 300 Milliarden Euro Investitionsvolumen soll bis 2027 die Hälfte in afrikanische Projekte fließen. Schwerpunkte der *Global Gateway*, die als Europas Antwort auf Chinas *Road and Belt Initiative* gilt, sind der Ausbau von Digital- und Verkehrsinfrastruktur, Förderung der grünen Energie, Gesundheitsversorgung und Bildung. Trotz der riesigen Investitionsvolumen spielen die Initiative und die mit ihr verbundenen Chancen in wirtschaftspolitischen Debatten hierzulande noch eine untergeordnete Rolle und auch afrikanische Partnerinnen und Partner wünschen sich eine transparentere Kommunikation. Gleichzeitig zeigen erste Evaluationen, dass das Potential der Einbindung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) sowohl auf europäischer als auch auf afrikanischer Seite bisher hinter den Erwartungen zurückbleibt. Hier sollte Deutschland aktiv an der Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen der Initiative mitarbeiten.

KMU sind besonders im deutschen Kontext entscheidend, um tragfähige und zukunftsorientierte Wirtschaftsbeziehungen mit afrikanischen Unternehmerinnen und Unternehmern aufzubauen, bilden sie doch das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Damit sie erfolgreich zu diesen Beziehungen beitragen können, braucht es gezielte Fördermaßnahmen der deutschen Außenwirtschaftspolitik sowie gezielte Wirtschaftskooperationen. Dazu gehören unter anderem gemeinsame Innovationszentren, Wissens- und Technologietransfers und Investitionen in lokale Infrastrukturen. Deutsche Wirtschaftsverbände haben bereits konkrete Ideen formuliert, wie Investitionen deutscher KMU auf dem afrikanischen Kontinent auf den Weg gebracht werden können und fordern unter anderem mehr Risikoabsicherung bei Investitionen. Solche Maßnahmen können dazu beitragen, das bei afrikanischen Märkten besonders hoch empfundene Risiko des Markteintritts zu reduzieren. Gleichzeitig muss an einer weiteren Stelle angesetzt werden - dem Afrikabild in Deutschland. Das in weiten Teilen der Gesellschaft oft negativ besetzte Bild Afrikas trägt, wie [Studien](#) zeigen, dazu bei, dass gerade deutsche KMU zögerlich sind, wenn es um Investitionen in afrikanischen Staaten geht. Eine zentrale Rolle kann in



diesem Zusammenhang die Diaspora spielen, deren Expertise eine wichtige Brücke zwischen den beiden Kontinenten bildet. Sie verfügt über tiefgehende Kenntnisse der jeweiligen Märkte, der kulturellen Unterschiede sowie der relevanten rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen, was sie zu einer wertvollen Partnerin bei der Überwindung von Geschäftsbarrieren und der Etablierung nachhaltiger Wirtschaftsbeziehungen macht.

Es ist für Deutschland naheliegend und im eigenen Interesse, für eine Wirtschaftspolitik zu werben, die Prinzipien der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft stärkt und, z.B. über entsprechende Steuersysteme, sicherstellt, dass unternehmerischer Erfolg auch dem Nutzen der Gesellschaft insgesamt dient. Während es natürlich afrikanischen Staaten selbst überlassen ist, welche Form einer inklusiven Wirtschaftsordnung sie für sich wählen, bietet insbesondere der Abbau und die Verarbeitung natürlicher Ressourcen für diesen Ansatz großes Potenzial. Afrikanische Staaten verfügen über enorme natürliche Ressourcen und der weltweite Wettbewerb um diese Rohstoffe nimmt zu. Akteure wie China haben sich bereits wichtige Zugänge gesichert. Allerdings bleibt die lokale Verarbeitung von Rohstoffen bisher weit hinter ihren Möglichkeiten zurück, obwohl der Aufbau von Wertschöpfungsketten und die Anwendung von ökologisch schonenden sowie sozialverträglichen Abbaumethoden eine Priorität für viele afrikanische Staaten ist. Die deutsche Wirtschaft mit ihrer Expertise in der Rohstoffverarbeitung ist hier bestens positioniert, um in Kooperation mit afrikanischen Staaten und Unternehmen Technologien bereitzustellen, die eine nachhaltige, lokale Rohstoffverarbeitung ermöglichen und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen sowie wirtschaftliche Eigenständigkeit fördern. Hier täte Deutschland gut, gerade angesichts der eher geringen Anzahl an im Ausland in der reinen Rohstoffextraktion tätigen deutschen Unternehmen, zum einen das technologische Know-how offensiver anzubieten und zum anderen trilaterale Kooperationen zwischen afrikanischen, deutschen und anderen ausländischen Unternehmen, auch beispielsweise aus China oder der Türkei, auszuloten. Auch in anderen Wirtschaftssektoren, wie z.B. im

nachhaltigen Wassermanagement, bei dem die deutsche Wasserwirtschaft hohe Anerkennung in Afrika genießt, könnte dies eine Strategie sein, die zu mehr deutschem unternehmerischen Engagement auf dem Kontinent führt und die zudem von afrikanischen Partnerinnen und Partnern immer wieder gewünscht wird.

Um ihrer Wirtschaftsstrategie Nachdruck zu verleihen, eine erfolgreiche und langfristige Wirtschaftspolitik gegenüber Afrika umzusetzen und wirtschaftliche Initiativen klar zu koordinieren, sollte die deutsche Bundesregierung die Schaffung einer oder eines Sonderbeauftragten für Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika erwägen. Diese Funktion könnte z.B. im Wirtschaftsministerium auf Staatssekretärebene angesiedelt werden, um keinen neuen Posten zu schaffen, aber dennoch ein Bindeglied zwischen Regierung, Wirtschaft sowie zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zu etablieren. Als koordinierende Instanz, die Unternehmen unterstützt und politische Rückendeckung bei der Umsetzung von Projekten bietet, aber ebenso Anlaufpunkt für interessierte afrikanische Unternehmerinnen und Unternehmer sein könnte, würde diese Position den Stellenwert der Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika stärken und ein deutliches Signal an afrikanische Staaten und Institutionen senden.

Neue Lösungen für sicherheitspolitische Herausforderungen finden

Die neue Bundesregierung will künftig nicht nur einen Fokus auf die Stabilisierung der Sahelzone, sondern auch auf die Stabilisierung des Horns von Afrika legen. Beide Regionen sind von geopolitischer Bedeutung - diese geht allerdings über die im Koalitionsvertrag erwähnte Terrorismus- und Fluchtursachenbekämpfung hinaus.

So spielt der Sahel beispielsweise eine zentrale Rolle im Kampf gegen den Klimawandel und ist gleichzeitig eine der Regionen der Welt, die ihn bereits jetzt sehr deutlich spürt. Mit dem geplanten Bau sowohl der *African-Atlantic Gas Pipeline* (GAA) auf der Strecke von Nigeria bis nach Marokko, als auch der *Trans-Saharan Gas*

Afrikapost aktuell

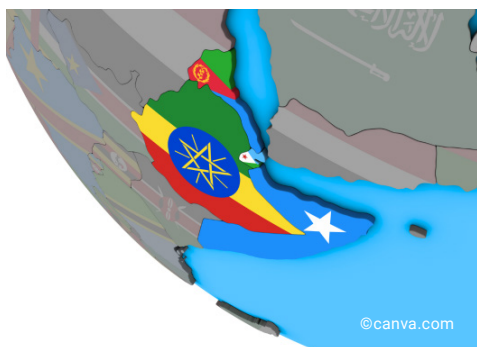
Afrikapolitik im Wandel Impulse für eine zukunftsorientierte Partnerschaft



Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation

Pipeline (TSGP) zwischen Nigeria und Algerien wird die Region zudem zu einem entscheidenden Akteur in der Energieversorgung des Kontinents und womöglich auch Europas - und sollte auch deswegen hoch oben auf Deutschlands Agenda stehen.

Das Horn von Afrika liegt an einer der wichtigsten Handelsrouten im Roten Meer, die auf der einen Seite von der in Somalia aktiven Terrormiliz Al-Shabaab und auf der anderen Seite von den Huthi-Rebellen im Jemen bedroht wird. Auch kann nicht ignoriert werden, dass ein der EU nicht wohlgesinntes Land wie Eritrea über eine Küstenlänge am Roten Meer von über 2.200 km verfügt. Zugleich destabilisieren innerstaatliche Konflikte die Region zunehmend.



Dazu zählen die drohende Balkanisierung der einstigen regionalen Hegemonialmacht Äthiopien sowie der Bürgerkrieg im Sudan, der sich seit dem Ausbruch im Jahr 2023 zu einer der schwerwiegendsten humanitären Krisen weltweit entwickelt hat. Um nachhaltig zu einer Stabilisierung dieser Regionen beizutragen, sollten die Afrikanische Sicherheitsarchitektur (APSA) sowie die Regionalorganisationen – und somit afrikanische Lösungsansätze - weiterhin von Deutschland unterstützt werden. Außerdem muss sich die neue Bundesregierung der Frage stellen, ob andere Akteure weiterhin ausschließlich als Konkurrenten betrachtet werden sollten – oder ob deren wachsender regionaler Einfluss nicht auch als Ausgangspunkt für pragmatische, gemeinsame Lösungen genutzt werden kann. Hierzu zählen nicht nur Länder wie die Türkei, die VAE oder Katar, sondern auch die Volksrepublik China. Auch der Blick in die Demokratische Republik Kongo, wo Katar kürzlich einen ersten Etappenerfolg in der Mediation zwischen Kinshasa und Kigali erzielen konnte

und inzwischen gemeinsam mit den USA im Friedensprozess tätig ist, untermauert diese Überlegung.

Im Sahel werden die im Koalitionsvertrag festgehaltene „wertegeleitete Interessenpolitik“ und das Bekenntnis, auch mit schwierigen Partnern Gesprächskanäle offen halten zu wollen, mit Blick auf die Militärregierungen von Burkina Faso, Mali und Niger eine besondere Rolle spielen. Der Erfolg der deutschen Politik in dieser Region wird gerade auch davon abhängen, die Fehler Frankreichs nicht zu wiederholen und stattdessen einen pragmatischen, aber auch differenzierten Umgang mit den dortigen Regimen zu pflegen. Deutschland kann seine gute Reputation hierzu strategisch nutzen und ein starkes Eigenprofil in der Region entwickeln. Gleichzeitig muss aber auch durch Kooperation auf kommunaler Ebene sichergestellt werden, dass der wertegeleitete Teil in der Interessenpolitik nicht untergeht.

Migration und Fachkräfteeinwanderung neu denken

Beim Thema Migration erweckt die Politik oft den Anschein, sich von der öffentlichen Debatte leiten zu lassen, statt sie selbst aktiv zu gestalten. So läuft die Afrikapolitik weiterhin - ob explizit in öffentlichen Erklärungen oder implizit im politischen Handeln - unter der Überschrift "Fluchtursachenbekämpfung", wie dies im Koalitionsvertrag etwa auch mit Blick auf den regionalen sicherheitspolitischen Fokus auf das Horn von Afrika und den Sahel der Fall ist. So entstehen unzutreffende Bilder über Migration aus Afrika, die nicht den Fakten entsprechen. Afrikanerinnen und Afrikaner stellen weltweit einen vergleichsweise geringen Anteil an Migrantinnen und Migranten und migrieren zudem hauptsächlich innerhalb des afrikanischen Kontinents. Ebenso ist das Verständnis innerhalb der deutschen Bevölkerung vergleichsweise gering, dass Deutschland und Europa angesichts ihrer alternden Gesellschaften auf Zuwanderung angewiesen sind, um ihre Volkswirtschaften und Sozialsysteme aufrechtzuerhalten. Währenddessen wird bis Mitte dieses Jahrhunderts jedes dritte neu auf die Welt kommende Kind in Afrika geboren werden.



Der Kontinent dürfte dann rund zweieinhalb Milliarden Einwohnerinnen und Einwohner und damit ein Viertel der Weltbevölkerung zählen. Vor diesem Hintergrund ist es ratsam, dass das Thema Fachkräftemigration von Deutschland gemeinsam mit afrikanischen Partnern angegangen werden sollte und - richtig angegangen - zu beidseitigem Vorteil führen kann. Erste Migrationsabkommen sind bereits in Umsetzung. Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel, bürokratische Hürden abzubauen und Prozesse zu digitalisieren, muss dabei auch die Visumverfahren für Fachkräfte aus Afrika sowie die Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen einschließen – denn gerade hier sind viele Verfahren nicht mehr zeitgemäß und stellen eine erhebliche Einstiegshürde dar. Eine Revision der Anerkennungen sowie eine Ausweitung der Anerkennungspartnerschaften, wie etwa mit Kenia im IT-Bereich, auf weitere Länder und Sektoren ist anzustreben. Auch sind Formalitäten nicht alles: Um für afrikanische Fachkräfte attraktiv zu sein, muss Deutschland proaktiv an seiner Willkommenskultur arbeiten und auch Integrations- und Begegnungsangebote fördern. Gerade hier sollte die Expertise der afrikanischen Diaspora, die die Herausforderungen neu ankommender Fachkräfte bestens kennt, genutzt und mit Organisationen zusammengearbeitet werden, die an diesen Schnittstellen aktiv sind.

Visumpolitik öffnen und beschleunigen

Afrika ist nah und Europa doch so fern – das muss sich ändern. Durch die Verweigerung des Zugangs für Afrikanerinnen und Afrikaner mittels einer restriktiven Visumpolitik und durch fehlende Neugier unsererseits auf die Veränderungen bei unserem südlichen Nachbarn, vergibt Deutschland große Chancen. 2022 wurden EU-weit 30% aller afrikanischen Schengen-Visa abgelehnt, ein Wert weit über dem weltweiten Durchschnitt von 17,5%. Die restriktiven Praktiken und teilweise unangenehmen Behandlungen in europäischen und auch deutschen Botschaften haben sich in afrikanischen Gesellschaften herumgesprochen

und wirken abschreckend.¹ Immer wieder kommt es vor, dass Menschen, die aus geschäftlichen oder touristischen Gründen nach Deutschland reisen und beispielsweise an Messen, Tagungen oder Kulturveranstaltungen teilnehmen möchten, ein Visum verweigert wird, worunter die wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen enorm leiden. Auch die oft tagesgenaue Visumvergabe sorgt immer wieder für Ärger und nimmt auch politischen Delegationen die Flexibilität, auf Programmänderungen in Deutschland reagieren zu können. Es ist ebenfalls schon zur irrtümlichen Vergabe eines zu kurzen Zeitraums gekommen, wodurch Geschäfts- und Kontaktreisen abgekürzt worden sind. Man kann nicht politisch eine strategische Partnerschaft mit Afrika beschwören und deren Umsetzung durch ein restriktives Visaregime verhindern. Somit verkommt die Partnerschaft zu einem reinen Lippenbekenntnis. Wer zudem im Wettbewerb mit Mächten wie China um die Gunst von politischen und wirtschaftlichen Partnerinnen und Partnern auf dem afrikanischen Kontinent bestehen möchte, muss die Visumvergabe öffnen und beschleunigen.



Schengen-Visa Multiple entry , @canva.com

Kurzfristig bedeutet dies, den Ermessensspielraum bei der Vergabe von Schengen-Visa für Kurzaufenthalte stärker zu nutzen und flexiblere Visa mit Blick auf Dauer und Anzahl der Einreisen auszustellen. Das bedeutet auch, dass eine mögliche Priorisierung der Visumvergabe an Fachkräfte

¹ Gleiches gilt dort, wo Visumsbeantragungen an externe Dienstleistungsunternehmen ausgelagert wurden. Auch hier kursieren immer wieder Berichte über schlechte Behandlung der Bewerberinnen und Bewerber durch Mitarbeitende.

Afrikapost aktuell

Afrikapolitik im Wandel Impulse für eine zukunftsorientierte Partnerschaft



Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation

nicht zu Lasten der Vergabe von Schengen-Visa für Kurzaufenthalte gehen darf. Mittel- bis langfristig sollte sich Deutschland auf europäischer Ebene für eine Reform der Schengen-Visumbestimmungen einsetzen, um die strukturelle Benachteiligung afrikanischer Staatsbürgerinnen und -bürger aufzuheben und den Visumvergabeprozess zu vereinfachen.

Wissenschaftsaustausch vertiefen und Afrikaexpertise aufbauen

Mit der Kürzung der Grundfinanzierung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), die u.a. die Einstellung des Stipendienprogramms „Leadership for Africa“ und von Forschungsaufenthalten ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland zur Folge hat, sowie den verringerten Möglichkeiten von Stiftungen wie der Alexander-von-Humboldt-Stiftung wird das falsche Signal gesendet. Um Partnerschaften mit afrikanischen Ländern zu vertiefen, müssen Forschungsk Kooperationen und Stipendienprogramme hoch-, nicht heruntergefahren werden. Um den Zugang für afrikanische Studentinnen und Studenten zu erleichtern, ist auch hier eine kritische Prüfung der Anerkennung afrikanischer Schulabschlüsse sowie Studienleistungen anzustreben.

Eine positive Entwicklung im Bereich des Austauschs hat das Internationale Parlaments-Stipendium (IPS) genommen, welches jungen Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus inzwischen neun Ländern Subsahara-Afrikas die Möglichkeit zu einem vierwöchigen Kompaktprogramm inklusive Hospitation in einem Abgeordnetenbüro im Deutschen Bundestag eröffnet. Zu begrüßen wäre eine Ausweitung auf weitere Länder sowie die Ausweitung von IPS Global, welches einen fünfmonatigen Austausch inklusive eines dreimonatigen Praktikums in einem Abgeordnetenbüro vorsieht und derzeit im Raum Subsahara-Afrika nur Namibia und Südafrika offensteht. Innovativ wäre es, das Programm auch in umgekehrter Richtung zu denken – mit der Möglichkeit für junge deutsche Hochschulabsolventinnen und -absolventen, Hospitationen in afrikanischen Parlamenten

zu absolvieren. Das würde nicht nur das Verständnis für die Politik und Gesellschaften afrikanischer Länder fördern, sondern auch die hiesige Afrikaexpertise stärken.

Generell sind eine Erweiterung und Vertiefung deutscher Afrikaexpertise für Politik und Gesellschaft notwendig, und wo sie existiert, muss sie Eingang finden in die politischen Diskussionen, indem die Kluft zwischen Wissenschaft und Politik geschlossen wird. Dringend erforderlich ist deshalb die Förderung angewandter Afrikaforschung in universitären und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen, wie etwa dem Wirtschaftswissenschaftlichen Cluster Afrikaforschung oder dem Projekt Megatrends Afrika.

Ein differenziertes Afrikabild in die deutsche Gesellschaft vermitteln

Eine erfolgreiche deutsche Afrikapolitik benötigt die breite Unterstützung der Gesellschaft. Hierfür braucht es ein realistisches und zukunftsgerichtetes Bild Afrikas – als Kontinent mit wirtschaftlichen Chancen, technologischen Innovationen und gesellschaftlichen Dynamiken. Solange jedoch stereotype Narrative von Krisen und Konflikten den öffentlichen Diskurs bestimmen, bleiben neue politische Impulse ohne Rückhalt. Die Medien, insbesondere die Öffentlich-Rechtlichen, spielen bei der Vermittlung eines differenzierten Afrikabilds eine Schlüsselrolle. Sie müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und realistische Narrative über Afrika verbreiten. Formate wie z.B. der „Africa Business Report“ von der BBC oder „Inside Africa“ von CNN zeigen, wie wirtschaftliche Innovationen und technologische Fortschritte Afrikas im internationalen Kontext vermittelt werden können. Hieran sollten sich Deutschlands Öffentlich-Rechtliche ein Beispiel nehmen und auch die Politik ihren Einfluss geltend machen, um solche Formate zu fördern.

Gleichzeitig ist es notwendig, die koloniale Vergangenheit Deutschlands offen und ehrlich zu thematisieren. Nur wenn wir die Auswirkungen der Kolonialisierung auf die heutigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen anerkennen,

Afrikapost aktuell

Afrikapolitik im Wandel Impulse für eine zukunftsorientierte Partnerschaft



Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation

können wir das gegenseitige Verständnis fördern und eine zukunftsorientierte Partnerschaft mit Afrika aufbauen. Priorität sollte dabei weiterhin der Abschluss des Aussöhnungsabkommens mit Namibia genießen, welches, obwohl es nicht explizit im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD genannt wird, nicht von der Tagesordnung verschwinden darf. Die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit gehört zudem in die Curricula des deutschen Schulsystems – idealerweise eingebettet in eine breitere Bildung über den afrikanischen Kontinent, die vor allem aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen einbezieht. Schulen spielen in diesem Zusammenhang aber nicht nur als Lernorte eine Rolle, sondern auch als Begegnungsstätten. Moderne Schulpartnerschaften, die persönlichen Austausch und gegenseitige Besuche umfassen, können dazu beitragen, das Verständnis füreinander zu fördern und das Bild des jeweils Anderen wirklichkeitsnah und alltagsgerecht zu verändern. Besonders im Hinblick auf Namibia bietet sich hier gemäß dem Vorbild der deutsch-französischen Versöhnungspolitik eine Möglichkeit, zur Aussöhnung beizutragen.

Neben Medien und Schulen fördern auch Initiativen wie der Deutsche Afrika-Preis ein realistischeres Bild des Kontinents. Dieser Preis lenkt den Blick auf die Vielfalt und Innovationskraft des afrikanischen Kontinents und stellt Lösungsansätze vor, die auch für Deutschland von Bedeutung sind. Indem er die positiven Entwicklungen Afrikas ins Scheinwerferlicht rückt, trägt der Preis dazu bei, das Bild des Kontinents in der deutschen Öffentlichkeit zu verändern. Solche Initiativen verdienen es, stärker von der deutschen Politik unterstützt zu werden – durch eine erhöhte Dotierung könnte die Aufmerksamkeit für den Preis weiter gesteigert, die Reichweite erhöht und das öffentliche Bewusstsein für die Chancen Afrikas geschärft werden.

Fest steht, wir brauchen ein differenziertes

Afrikabild: Es ist Grundlage für echte und ehrliche Partnerschaften. Es ist notwendig, um deutsche Investitionen in Afrika zu steigern, um die Migrationsdebatte zu versachlichen und um eine Willkommenskultur zu schaffen. Es ist der Schlüssel zum Erfolg für die gesamte

deutsche Afrikapolitik. Hierbei gilt: **Die Zeit zu handeln ist jetzt. Afrika wartet nicht.** Die neue Bundesregierung steht in der Verantwortung, die deutsche Afrikapolitik endlich so auszurichten, dass sie den Herausforderungen und Potenzialen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Nicht mit Symbolpolitik, sondern mit konkreten, realitätsgerechten und mutigen Entscheidungen.

Verwendete Quellen:

[Afrikapolitische Leitlinien \(auswärtiges-amt.de, Januar 2025\)](#)

[Afrikapolitik nach der Bundestagswahl – Fünf Ideen \(liberay.fes.de, März 2025\)](#)

[African Leaders Commit to Support for \\$26B African Atlantic Gas Pipeline \(pipeline-journal.net, 11.5.2024\)](#)

[Bundesinnenministerin Faeser unterzeichnet ein umfassendes Migrationsabkommen mit Kenia \(bmi.bund.de, 13.9.2024\)](#)

[Die Rolle der afrikanischen Diaspora bei der Internationalisierung deutscher Unternehmen in Afrika \(deutsche-afrika-stiftung.de, 1.9.2022\)](#)

[Die Wirtschaftskooperation mit Afrika stärken - Uschi Eid \(deutsche-afrika-stiftung.de, 13.3.2025\)](#)

[Für eine Neuorientierung der zukünftigen Afrikapolitik - Uschi Eid \(deutsche-afrika-stiftung.de, 17.3.2025\)](#)

[Migrationsabkommen Kenia \(bmi.bund.de\)](#)

[Penspen to Deliver Feasibility Study Revalidation for Trans-Saharan Gas Pipeline Project, penspen.com, 25.3.2025\)](#)

[Predetermined Bias: Comparing the Visa Rejection Rate of Africans versus the Rest of the World \(2024, henleyglobal.com\)](#)

Afrikapost aktuell

Afrikapolitik im Wandel Impulse für eine zukunftsorientierte Partnerschaft



Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation

[SAFRI-Positionspapier: Partnerschaft stärken, Diversifizierung fördern, Bedingungen für Handel und Investitionen verbessern \(safri.de, Dezember 2024\)](#)

[Trans-Saharan Gas Pipeline: What it Means for West Africa \(energycapitalpower.com, 5.2.2024\)](#)

[Verantwortung für Deutschland – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode \(bundes-tag.de, April 2025\)](#)

[Warum die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika neu gedacht werden muss \(kas.de, 23.10.2023\)](#)

[West Africa: Sahel - African-Atlantic Gas Pipeline a Structural Project \(allafrica.com, 8.4.2025\)](#)

Herausgegeben von:
Deutsche Afrika Stiftung
Ziegelstraße 30
10117 Berlin
Tel: +49 30 28094727
Email: info@deutsche-afrika-stiftung.de
www.deutsche-afrika-stiftung.de
8.5.2025